2018/36 Ausland

https://jungle.world/artikel/2018/36/eskalation-mit-ansage

უცხოეთი - Die extreme Rechte sieht sich durch die Ereignisse in Sachsen gestärkt

Eskalation mit Ansage

Von **Michael Bergmann**

Die extreme Rechte sieht sich durch die jüngsten Ereignisse in Chemnitz bestätigt. Die Landesregierung zeigt sich im Umgang mit dem Rechtsextremismus weiterhin gespalten.

Wer in den vergangenen Tagen in Chemnitz unterwegs war, konnte die Anspannung spüren. Die Stadt steht im Fokus der internationalen Öffentlichkeit und wurde innerhalb kürzester Zeit zum Inbegriff des Rassismus und Rechtsextremismus in Ostdeutschland und vor allem in Sachsen.

Ende August hatten mehrere Männer einen 35jährigen Chemnitzer mit Messerstichen auf offener Straße getötet und zwei weitere Personen schwer verletzt. Bei den festgenommenen Tatverdächtigen soll es sich um einen Iraker und einen Syrer handeln, aber die Identität der beiden ist nicht restlos geklärt. Bei einem dritten Tatverdächtigen handelt es sich um einen Asylsuchenden aus dem Irak. Rechtsextreme Gruppen waren am Tag nach der Tat durch die Stadt gezogen und hatten in mehreren Fällen Menschen rassistisch beschimpft und durch die Straßen gejagt. Während einer Demonstration von mehreren Tausend Menschen hatten etliche Teilnehmer den Hitlergruß gezeigt, die Parole »Deutschland den Deutschen, Ausländer raus« wurde lautstark gebrüllt.

> Der antifaschistische und zivilgesellschaftliche Widerstand ist außerhalb von Leipzig schwach aufgestellt.

Fragt man Bürger, sind sie entweder aufgebracht und berichten, dass ihre Stadt zu Unrecht als braunes, gewalttätiges Nest dargestellt werde, oder sie sind bestürzt, dass in ihrer Stadt Menschen durch die Straßen gejagt wurden. So ist es kein Wunder, dass dem sächsischen Ministerpräsidenten Michael Kretschmer (CDU) und der Chemnitzer Oberbürgermeisterin Barbara Ludwig (SPD) bei ihrem »Sachsen-Gespräch« am vergangenen Donnerstag vor allem Lärm entgegenschlug. Während beide in ihren Begrüßungsreden noch sagten, dass es keine Entschuldigung dafür geben könne, sich mit organisierten Neonazis und rechtsextremen Hooligans auf der Straße gemein zu machen,

konnten sie es im Laufe des Abends nicht unterlassen, denjenigen, die am lautesten schrieen, entgegenzukommen. Eine Teilnehmerin bedankte sich beispielsweise bei Kretschmer dafür, dass er sie nicht als rechts bezeichnet habe, obwohl sie mit Leuten zusammen auf die Straße gegangen sei, die den Hitlergruß gezeigt und »Ausländer raus« gebrüllt hatten.

Der Umgang der politisch Verantwortlichen in Sachsen mit dem Rechtsextremismus hat sich in den vergangenen Jahren verändert. Spätestens seit Pegida in Dresden 20 000 Menschen auf die Straße brachte und die Fremdenfeindlichkeit in den Dresdner Vororten Heidenau und Freital eskalierte, war es nicht mehr möglich, das Problem völlig zu leugnen. Nachdem die Bilder von den rassistischen Ausschreitungen in Clausnitz um die Welt gegangen waren, gestand der damalige Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) in einer Regierungserklärung Fehler – auch seiner Partei – ein und brachte als erster Regierungschef in der Geschichte Sachsens das Wort »Rassismus« über die Lippen.

Die Auseinandersetzung mit dem Thema ist in dem Bundesland seitdem ernsthafter und die Worte der Abgrenzung sind deutlicher geworden. Die CDU bleibt jedoch als letzte verbliebene »Volkspartei« in Sachsen in der Frage gespalten. Um seinen Landesverband trotz der Diskrepanzen unter Kontrolle zu halten, kann Kretschmer die öffentliche Distanzierung von rechtsextremen Demonstrationen und seine derzeitige Absage an eine Koalition mit der AfD nicht durchhalten, ohne zugleich Forderungen der AfD aufzugreifen und Pegida nach dem Mund zu reden. Dass so seine Glaubwürdigkeit verloren geht, könnte sich spätestens bei der nächsten Wahl des sächsischen Landtags im September 2019 offenbaren. Jüngsten Umfragen zufolge steht die AfD in Sachsen derzeit bei 25 Prozent. Viele Vertreterinnen und Vertreter der sächsischen Zivilgesellschaft und von Migrantenorganisationen kritisierten vorige Woche, dass es nach wie vor an einer klaren politischen Haltung fehle, die sich deutlich auf die Seite der Menschenrechte und der von Rassismus Betroffenen stelle.

Gerade in Chemnitz wäre es ein Leichtes gewesen, denjenigen eine klare Absage zu erteilen, die am vorletzten Montag zu mehreren Tausend durch die Stadt marschierten. In der Stadt gibt es ein etabliertes Neonazimilieu, das über hervorragende Kontakte im gesamten Bundesgebiet verfügt. Das Chemnitzer »Blood & Honour«-Netzwerk oder die unter der Selbstbezeichnung »HooNaRa« (Hooligans, Nazis, Rassisten) agierenden Hooligans des Fußballvereins Chemnitzer FC genießen bei Nazis in der Bundesrepublik hohes Ansehen. Die Kernzelle des NSU fand nicht umsonst ihren ersten Unterschlupf in Chemnitz. Die meisten Zeugen, die in dem fünfjährigen NSU-Prozess gehört wurden und dem Neonazimilieu angehören, stammen aus Chemnitz und Umgebung.

Auch wenn die Gruppen unter den ursprünglichen Namen nicht mehr aktiv sind, haben sie Wurzeln in der Stadt geschlagen, aus denen sich neue rassistische Organisationsformen bilden konnten. Da ist das neonazistische Label »PC Records« mit seinem Umfeld, und da sind Gruppen wie die Hooligans von »Kaotic Chemnitz«, die zu ersten Zusammenrottungen aufriefen. Im Chemnitzer Vorort Einsiedel gelang ab Herbst 2015 nach dem Vorbild des

nahegelegenen Schneeberg ein Schulterschluss zwischen Neonazis, die dem NSU-Umfeld nahestanden, Kameradschaften und rechten Parteien bis hin zu einem damaligen CDU-Gemeinderat und der Mehrheit der Bürgerschaft. Eine ähnliche Mischung konnte man zu Beginn vergangener Woche in der Chemnitzer Innenstadt beobachten. Während rechtsextreme Hooligans gleich zu Beginn der Demonstration Flaschen und Feuerwerkskörper auf eine Gegendemonstration warfen, zündete die neonazistische Kleinpartei »Der III. Weg« bengalische Feuer. Der Rechtsanwalt Martin Kohlmann, Verteidiger der rechtsterroristischen Gruppe Freital, rief vom Rednerpult mit Bezug auf 1989, es brauche eine neue »Wende« und diese müsse gründlicher sein als die vorherige. Die Masse antwortete mit dem Sprechchor: »Ausmisten, ausmisten!«

Die extreme Rechte, von »Der III. Weg« bis hin zur AfD, interpretiert solche -Demonstrationen als einen vorrevolutionären Zustand. Ob es Tausende Neonazis aus ganz Europa waren, die anlässlich des Jahrestags der Bombardierung Dresdens im Zweiten Weltkrieg durch die Stadt marschierten, große Pegida-Aufmärsche oder fehlerhafte Lageeinschätzungen der Behörden, die in Freital, Heidenau und Bautzen dazu führten, dass das staatliche Gewaltmonopol vorübergehend außer Kraft gesetzt war – Sachsen ist immer für einen Erfolg von rechts gut.

Der antifaschistische und zivilgesellschaftliche Widerstand ist außerhalb von Leipzig vergleichsweise schwach. Hinzu kommt, dass das hohe Aufkommen an Demonstrationen in den vergangenen Jahren zu Ermüdungserscheinungen bei den Menschen in Sachsen geführt hat, die sich gegen den Rechtsextremismus engagieren. Auch das nutzen Pegida und ihr Umfeld, um den öffentlichen Raum zu besetzen. »Dieser Zorn, diese Wut, sie haben ihre Berechtigung«, jubelte die rechtsextreme Initiative »Ein Prozent« in einem Rundbrief nach den Ereignissen in Chemnitz. Dass die AfD im kommenden Jahr in Sachsen die Landtagswahlen gewinnen und damit erstmals in einem Bundesland Regierungsgeschäfte übernehmen könnte, erfüllt diejenigen, die in Chemnitz »Ausländer raus« grölen, mit Vorfreude.

Am vergangenen Samstag setzte sich die AfD gemeinsam mit Pegida an die Spitze der rechtsextremen Demonstration, angeblich mit der Absicht, den Protest zu disziplinieren. Spätestens zum Ende des sogenannten Trauermarsches, als Teilnehmer Polizeiketten durchbrachen und Journalisten angriffen, war klar, dass das nur leere Worte waren. Seite an Seite mit Pegida und Pro-Chemnitz – die AfD übt nun auch öffentlich den Schulterschluss mit diesen Kräften.

Ungetrübt ist die Freude der Rechtsextremen jedoch nicht. Am Montag kamen rund 65 000 Menschen zu einem Gratiskonzert aus Protest gegen die rassistischen Aufmärsche nach Chemnitz. Nach der Veranstaltung unter dem Motto »Wir sind mehr« twitterte die AfD-Politikerin Beatrix von Storch, die Konzertbesucher seien »Merkels Untertanen« und »abscheulich«.

© Jungle World Verlags GmbH